

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXII/210

Bad Godesberg, den 2. November 1967

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	<u>Wer ist "schuld" ?</u> Bemerkungen zur politischen Situation Von Günter Markscheffel	76
3 - 4	<u>Neue Impulse für die Bewältigung sozialer Probleme</u> Die Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt in Essen Von Ursula Ruby	90
5 - 7	<u>Modernes Schweden</u> Sozialdemokratischer Parteikongreß zeigt neue Wege Von Rudolf Hübner, Stockholm	109
7	<u>Boulevardpresse im Vordringen</u> Ergebnis einer Untersuchung in der Bundesrepublik	23

* * *

Wer ist "schuld" ?

Bemerkungen zur politischen Situation

Von Günter Markscheffel

Seit einiger Zeit geistert durch die Bundesrepublik und darüber hinaus die Redensart, an allem was in der Bundesrepublik Deutschland jetzt nicht funktioniert, sei die Regierung der Großen Koalition "schuld": An Defizit im Staatshaushalt, an der Krise der Energiewirtschaft, an den Gammlern und den Hippis, an Gomulka und de Gaulles politischen Vorstellungen, an zu hohen Grundstückspreisen, an zu wenig Straßen, an den Studentenunruhen, am Vietnamkrieg, an den Arbeitskonflikten, am Springer-Verlag, an der Flucht deutscher Techniker und Wissenschaftler ins Ausland, an sinkenden und steigenden Geburtenziffern, an zu kleinen Brötchen und zu dicken Kartoffeln.

* * *

Dieser Tage sagte ein sonst sehr seriöser Nachbar mit vorwurfsvollem Blick zu mir, "schuld" daran, daß die Kirchenglocken jetzt viel lauter tönten, sei die SPD. Früher, so meinte der Nachbar, hätte er sich in einem solchen Falle an den sozialdemokratischen Stadtrat Müller mit der Bitte um Abstellung des ruhestörenden Lärms wenden können; heute sei das nicht mehr möglich, denn die SPD in der Regierung müsse ja wohl auf die CDU und die Kirche Rücksicht nehmen...

Sprachs und wandte mir den Rücken zu. Ob er nun spinnt oder nicht - auch mein Nachbar geht demnächst wieder zur Wahl, und seine Stimme wiegt genausoviel wie meine.

* * *

Gebildetere Leute als ich nennen das alles "das große Unbehagen an der Großen Koalition". Warum, das ist mir nicht ganz klar. Vielleicht hauen sie gern auf die Pauke. Sie taten es früher und wollen es weiter tun. Vielleicht. Vielleicht leiden sie aber auch nur an Gedächtnisschwund und glauben, es merkt niemand.

* * *

Denn: Solange ist das doch gar nicht her, daß sie de Gaulle zujubelten, Erhard einen großen Mann nannten und ihn kurz darauf zum Watschenmann machten.

Solange ist es doch wirklich nicht her, daß sie glaubten, mit der rein militärischen "Politik der Stärke" Deutschland wieder vereinen zu können.

Oder irre ich mich, wenn ich annehme, daß die Schimpfer von heute noch vorgestern tatsächlich glaubten, in unserem Wirtschaftswunderland werde es niemals Krisen geben, und - w e n n es sie geben sollte - dann würde sich in der allerfreiesten aller Wirtschaften alles

von selbst auspendeln? Die Preise und die Löhne, die Arbeitslosigkeit, die Kohle und das Öl, die Autos und die Straßen?

Wie? Lebten nicht viele in der stupiden Vorstellung, daß eine moderne Industrienation ohne Planung auskommen könne? Und sagte man uns nicht täglich, es sei "Kommunismus", wenn man davon spreche, daß es nicht unbedingt notwendig sei, für alle Zeiten die größte Armee Europas zu besitzen?

Nichts für ungut! Das war doch so, oder nicht? Natürlich will niemand an den Unsinn erinnert werden, an den er mal geglaubt hat. Natürlich nicht!

Aber wer soll demnächst den Mist aufräumen, der sich durch diesen Unsinn und Unfug in 15 Jahren angesammelt hat?

Die ihn verzapft haben? Irrtum! Die tun das nicht, oder nur zum Teil. Viele von denen haben gar nicht mehr die Kraft dazu, und viele sind nicht mehr da. Das ist doch die alte Geschichte, besonders in Deutschland. Wer die Karre hineinschliddern ließ, zieht sie in den schlichsten Fällen heraus. Das müssen, ob es für sie angenehm ist oder nicht, unverbrauchte Kräfte tun.

* * *

Es war für die SPD im Dezember 1966 nach dem Rücktritt der Regierung Erhard-Mende gewiss nicht leicht, in die Bresche springen zu müssen. Der eine Abgedankte erhielt 85.000 DM zur "Abwicklung seiner Geschäfte", der andere vertritt jetzt einen amerikanischen Kapitalgesellschaft, "weil er die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in der Bundesrepublik so gut kennt"!

Das ist die Wirklichkeit! Wer darüber jammert, soll sich fragen, ob er nicht selbst einiges dazu getan hat, um es soweit kommen zu lassen, anstatt zu schliefen.

* * *

Oder war es falsch, schon seit einem Jahrzehnt immer wieder gesagt zu haben, daß die deutsche Wirtschaft nicht in Ordnung bleiben kann, wenn man nicht für eine vorausschauende und mögliche Krisen einkalkulierende Finanz- und Wirtschaftspolitik sorgt?

War es falsch, immer wieder zu fordern, daß unsere Sozial- und Rentenpolitik der ordnenden Hand bedarf?

War es falsch, immer wieder darauf hingewiesen zu haben, daß die "Politik der Stärke" kein brauchbares Mittel zur Überwindung der Spaltung Deutschlands ist?

War es falsch, immer wieder die Regierenden und unser Volk darauf aufmerksam gemacht zu haben, daß Deutschland sein Verhältnis nicht nur zum Westen, sondern auch zum Osten in Ordnung bringen muß?

* * *

Jetzt muß erst einmal der Schutt früherer Fehlleistungen weggeräumt werden. Dazu wird man viel Kraft und sehr viel Standfestigkeit brauchen. Wer das nicht begreift, dem ist nicht zu helfen; er soll weiter politisch gammeln.

+ + +

Neue Impulse für die Bewältigung sozialer Probleme

Die Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt in Essen

Von Ursula Ruby

"Wir wissen, wo die Realitäten unserem Willen Grenzen setzen." sagte die Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Frau Lotte Lemke, in ihrer Ansprache zur Eröffnung der zehnten Bundeskonferenz der Arbeiterwohlfahrt in Essen Anfang dieser Woche. Unter den 4.000 Anwesenden waren 250 Delegierte der Bezirks- und Landesverbände, die in der "Stadt der Arbeit" über die Entwicklung der sozialen Arbeit beraten wollten.

Die Bundesgesundheitsministerin, Frau Käthe Strobel, welche die Grüße des Bundeskabinetts und des Parteivorstandes der SPD überbrachte, betonte, daß auf die Initiative der Freien Verbände nicht verzichtet werden könne. Denn es gelte, immer neue und verbesserte Methoden sozialer Hilfe in einer sich ständig wandelnden Umwelt zu entwickeln. Vom Gesetzgeber seien noch längst nicht alle Lücken im sozialen Bereich, vor allem im Bereich der Gesundheitshilfe, geschlossen worden. Unbedingt notwendig sei es, beispielsweise ein Gesetz zur Hilfe für psychisch Kranke zu schaffen.

Die Arbeiterwohlfahrt vertritt eine gesellschaftspolitische Konzeption. Sie versucht also nicht nur, alte Ideale in ein neues Beginnen zu verwandeln, sondern sie versucht sich auch in der Analyse neuer Abhängigkeiten, im Aufdecken neuer sozialer Nöte zu bewähren. Darauf wies Otto Fichtner, Beigeordneter der Stadt Essen, in seinem Referat ("Die Zukunft der sozialen Hilfen - Jugend- und Sozialhilfe zwischen Rezession und Reform") mit Nachdruck hin. Die Arbeiterwohlfahrt halte es unbedingt für nötig, sagte Fichtner Ferner, daß das in vieler Hinsicht unzulängliche Jugendwohlfahrtsgesetz von einem neuen Jugendhilfegesetz abgelöst werde.

Zuvor hatte Marta Schanzenebach, Bundestagsabgeordnete und stellvertretende Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt betont: "Die sozialen Kenntnisse der Arbeiterwohlfahrt mit den Mitteln der Politik in die Tat umzusetzen, ist eine Aufgabe, deren sich die SPD-Bundestagsfraktion annehmen wird."

Und Ministerpräsident Heinz Kühn, erinnerte daran, daß die Arbeiterwohlfahrt sich immer darum bemüht habe, aus schweren Notsituationen, wie sie zur Zeit in Nordrhein-Westfalen anzutreffen sind, neue Impulse für die soziale Arbeit zu gewinnen.

Sozialversicherung und Versorgung allein können soziale Sicherung nicht gewährleisten. Für außergewöhnliche, normalerweise nicht zu erwartende Risiken, wie körperliche oder geistige Behinderung, muß die Möglichkeit zu individuell angepaßten Hilfen zur Verfügung stehen. Als Stichwort und Schulbeispiel für Risiken dieser Art ist die vielen Menschen drohende Isolierung vom gesellschaftlichen Leben zu nennen.

Dazu sagte die Vorsitzende der Arbeiterwohlfahrt, Frau Lemke in ihrem Referat "Die Arbeiterwohlfahrt im Blick auf die sozialen Probleme der Gegenwart": "In unserer differenzierten und arbeitsteiligen Gesellschaft bei der engen Verflechtung aller Lebensbereiche und ihrer

gegenseitigen Abhängigkeit kommen wir - auch im sozialen Bereich - nicht mehr ohne sach- und zielgerechte Planung aus. Planung aber setzt Grundlagenermittlung voraus - die Erkenntnis der Fakten, mit denen wir es zu tun haben."

Folgerichtig heißt es dazu in der Empfehlung eines Arbeitskreises der Bundeskonferenz (in Essen berieten zehn Arbeitskreise über Themen der Sozialarbeit und Sozialpolitik; unter anderem über das Karlsruher Urteil zum Bundessozialhilfegesetz und die Frauen-Enquete), der über Sozial-Enquete und freie Wohlfahrtspflege beraten hatte, an den Bundesvorstand der Arbeiterwohlfahrt "Auf der Grundlage einer ausreichenden Erforschung der sozialen Wirklichkeit wird darzustellen sein, welche sozialen Hilfen nach Art und Umfang noch fehlen oder unvollständig oder nicht mehr zeitgemäß sind, um unseren sozialen Rechtsstaat verwirklichen zu helfen."

In Entschlüssen und Anträgen, die dem Plenum der Bundeskonferenz vorgelegt und angenommen wurden, geht es um systematische Familienplanung, für deren Verwirklichung Empfehlungen ausgearbeitet werden sollen. Auch geht es um eine gesetzliche Grundlage zur Früherfassung geistig und körperlich behinderter Kinder und um die systematische Aufklärung der Eltern solcher Kinder.

Deutliche Worte fand Bundesgeschäftsführer Richard Haar in Zusammenhang mit der neuesten Entwicklung im Bereich der von der Arbeiterwohlfahrt veranstalteten Erholungsmaßnahmen, an denen während der letzten beiden Jahre rund 340 000 Menschen teilgenommen haben. Haar sagte in seinem Geschäftsbericht zu diesem Thema: "Die öffentlichen Zuwendungen für Ferienerholung sind von einer Reihe von Ländern und Krankenkassen erheblich gekürzt worden. Uns fehlt das Verständnis dafür, daß dann, wenn vordergründige politische Motive dafür sprechen, die Verbände zu verstärkter Tätigkeit bewegt werden und dafür alle Finanzen mobilisiert werden sollen. Wenn dagegen eine über Jahre hinweg bewährte gesundheitliche und pädagogische Maßnahme sichergestellt werden soll, dann fehlt dafür das notwendige politische Verständnis. Das mißfällt uns erheblich. So kann Partnerschaft nicht praktiziert werden." Auch Erfreuliches konnte Haar berichten. Zum Beispiel erhielt ein im Auftrag des Bundesverbandes der Arbeiterwohlfahrt hergestellter Film während der Weltausstellung in Montreal einen Preis.

Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Marta Schanzenebach, MdB, und Willy Könen, MdB, wiedergewählt; Schatzmeister ist nach wie vor Alfred Nau.

In ihrem Schlußwort sagte Frau Lepke: "Ziel der Bestrebungen der Arbeiterwohlfahrt ist es, daran mitzuwirken, daß die sich anbahnende Welt eine Menschenwelt bleibt und nicht eine Welt der Apparaturen und mathematischen Berechnungen wird. Wir müssen das Unmögliche wollen, um das Mögliche zu erreichen."

Modernes Schweden

Sozialdemokratischer Parteikongreß zeigt neue Wege

Von Rudolf Hübner, Stockholm

Die tiefgreifenden Veränderungen in der schwedischen Wirtschaft, die sich den neuen Techniken und großräumigen Märkten anpasst, sollen nicht vom Profitinteresse Einzelner, sondern gemäß den Interessen des ganzen Volkes gesteuert werden. Das ist das Kernstück des Wirtschaftsprogramms, das ein außerordentlicher Kongreß der sozialdemokratischen Partei Schwedens kürzlich beschlossen hat. Es gründet sich auf den Vorbericht einer Studiengruppe der Partei und des Gewerkschaftsbundes, die im nächsten Juni dem ordentlichen Parteitag einen Schlußbericht vorlegen soll.

Schweden galt während der ganzen Nachkriegszeit als Vorbild für wirtschaftlichen Fortschritt, Vollbeschäftigung, soziale Sicherheit und politische Stabilität. Die Nachkriegszeit ist aber zu Ende. Drei Viertel des schwedischen Exportes werden in den Ländern der EWG und der EFTA abgesetzt. Schwedens Wohlstand wird daher weitgehend von der Politik abhängen, welche die EWG und jene Länder führen, die um die EWG-Mitgliedschaft nachgesucht haben. Über dem Streben nach europäischer Integration darf die Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit mit der übrigen Welt und eine wirksame Unterstützung der Entwicklungsländer nicht vernachlässigt werden.

Um im Rahmen einer solchen globalen Wirtschaft bestehen zu können, muß ein kleines Land wie Schweden seine Produktion spezialisieren und die hierfür notwendige Forschung intensivieren. Es gilt rechtzeitig zu beschließen, wie, wann und wo die menschlichen und materiellen Reserven des Landes am besten eingesetzt werden können. Diese Beschlüsse dürfen nicht isolierte Angelegenheiten der Wirtschaft sein, dem Wirtschaftsinvestitionen setzen Sparmittel, aber auch neue Wohnungen, Ausbildungsstätten, soziale und kulturelle Einrichtungen und Forschung voraus.

Wirtschaftsdemokratie

Man rechnet, daß ein moderner neuer Arbeitsplatz in der Industrie gegenwärtig etwa 150.000 Schwedenkronen kostet. Dieser Betrag muß irgendwie erspart worden sein, um investiert werden zu können. Darüber hinaus erfordert ein neuer Arbeitsplatz aber auch eine Wohnung und die vorher erwähnten Dienstleistungen, die noch höher sind. Die Existenzsicherung einer Familie kostet einen Kapitalaufwand von nahezu 500.000 Kronen! Deshalb dürfen nicht nur kurzfristige betriebswirtschaftliche Kalkulationen für die Entwicklungsmaßnahmen ausschlaggebend sein. Ein betriebswirtschaftlich lukratives Unternehmen kann - volkswirtschaftlich beurteilt - eine Fehlinvestition sein. Die Weiterführung oder Eröffnung eines Unternehmens mit betriebswirtschaftlich mangelhafter Ergiebigkeit kann volkswirtschaftlich wohl motiviert sein!

Der Kongreß hat daher folgerichtig beschlossen: eine bessere Wirtschaftsplanung als bisher, eine Koordinierung der betriebswirtschaftlichen Beurteilungen mit einer Kostenberechnung für die gesellschaftliche Entwicklung und schließlich Garantien dafür, daß wesentliche Entscheidungen hinsichtlich der Wirtschaftsentwicklung nicht hinter den geschlossenen Türen der Wirtschaftskapitäne, sondern von den gewählten Gremien des Volkes getroffen werden.

Sinnvolle Lenkung des Kapitalstroms

Konkret schlägt das Programm für die langfristige Planung Koordinationsgruppen für die wichtigsten Wirtschaftsbereiche vor, mit Vertretern von Staat, Gemeinden, Wirtschaft und Arbeitnehmern; die Arbeitsergebnisse dieser Gruppen sollen im Wirtschaftssekretariat des Finanzministeriums zusammengefaßt werden. Der Investitionswille der Wirtschaft soll gefördert und so gesteuert werden, daß gut entlohnte produktive Arbeitsplätze entstehen. Bei diesem Umstellungs- und Entwicklungsprozeß sollen private, staatseigene, kommunale und genossenschaftliche Unternehmen möglichst zusammenarbeiten. Die Entwicklungsarbeit soll auf regionale Pläne aufbauen, welche die Sonderprobleme der einzelnen Landes- teile berücksichtigen. Bei der Lokalisierung neuer Unternehmen soll die öffentliche Hand im Bedarfsfalle als Unternehmer auftreten können. Die staatseigenen Betriebe sollen eng zusammenarbeiten und mit der Privatwirtschaft zu gleichen Bedingungen konkurrieren. Eine Programmbudgetierung soll die Dienstleistungen und Investitionen der öffentlichen Hand (500.000 Arbeitskräfte, 1/3 des Nationalproduktes) effektiver gestalten. Eine staatliche Entwicklungsgesellschaft soll mit technischen und finanziellen Einsätzen die Weiterentwicklung und Marktführung neuer Techniken und neuer Produkte fördern.

Kollektives Sparen

Hinsichtlich der Kapitalbildung setzt man weniger auf das private als mehr auf das kollektive Sparen in Form einer starken Finanzpolitik und über die rasch wachsenden Fonds der allgemeinen Pensionsversicherung. deren Mittel - u.a. über die neugeschaffene staatliche Investitionsbank - der Wirtschaftsentwicklung zugeführt werden sollen. Die staatseigene Sveriges Kreditbank - die drittgrößte Geschäftsbank des Landes - und die Postbank, die größere Einlagen hat als irgendeine andere schwedische Bank, sollen weitgehend zusammenarbeiten. Die Zusammenballung der Wirtschaftskräfte in den Holding- und Investitionsgesellschaften der Großbanken sowie die der öffentlichen Rechnungslegung nicht unterworfenen steuerfreien Stiftungen, die durch Aktienbesitz und Beteiligungen einen großen Einfluß auf die Wirtschaft ausüben, sollen unter öffentliche Kontrolle kommen.

Vollbeschäftigung und Sicherung des Lebensstandards

Die Arbeitnehmer sollen mehr Einfluß gewinnen auf die Planung im Betrieb, bei Beratungen über Entlassungen etc. Sie sollen bei Betriebs- einstellungen, die im Zuge der Strukturrationalisierung notwendig werden können, nicht die Leidtragenden sein. Deshalb soll die Arbeitsvermittlung verstärkt, die vom Staate finanzierte Umschulungskapazität verdoppelt und die Umsiedlungshilfe erhöht werden. Die Vollbeschäftigung soll durch punktweise Stimulierung der Nachfrage, der Produktion und der Investition gesichert werden. Die Absicherung gegen Einkommensverlust soll allgemein wirksam sein und nicht nur das Existenzminimum, sondern die Aufrechterhaltung des erreichten Lebensstandards gewährleisten. Eine effektive Preis- und Kartellüberwachung soll die freie Konkurrenz sicherstellen. Gegen irreführende Verkaufsmethoden und Reklame soll direkt eingeschritten werden können.

Industrielle Abwässer und Abgase haben Vergiftungen und andere Schäden der Natur hervorgerufen. Es gilt, Maßnahmen zur Verhinderung dieser Zerstörungen zu entwickeln, die mit Abgaben kombiniert werden sollen in Höhe der gesellschaftlichen Kosten für die Beseitigung der Schäden.

Neben diesen Wirtschaftsmaßnahmen hat der Parteitag eine ganze Reihe gesellschaftlicher Probleme behandelt, z.B. den Wohnungsbau, der eine Rekordhöhe erreicht hat, die Verhinderung der Bodenspekulation durch kommunale Vorkaufsrechte, die Umgestaltung des Mieterschutzes, die Familienförderung u.a.

Die Beschlüsse des Parteitages bilden die Werbesubstanz für die Reichstagswahlen im Herbst 1968. Der Wahlkampf ist schon seit einem Monat im Gange. Die nichtsozialistischen Parteien hoffen angesichts der sozialdemokratischen Stimmverluste bei den vorjährigen Gemeindevahlen auf einen Wahlsieg. Der Parteitag hat aber den Beweis erbracht, daß die Sozialdemokraten trotz mehr als 30-jähriger Regierungsverantwortung ihre innere Spannkraft behalten haben und durchaus in der Lage sind, den Erfordernissen der neuen Entwicklungsphase Schwedens gerecht zu werden.

+ + +

Boulevardpresse im Vordringen

Ergebnis einer Untersuchung in der Bundesrepublik

W.R. - "Die Auflagen der deutschen Presse steigen aufs Ganze gesehen schneller, als die Bevölkerung wächst", heißt es in der "Werbeträger-Analyse 1967", die das Institut für Demoskopie in Allensbach kürzlich veröffentlicht hat. Die Auflagen der Boulevardpresse haben mit einem Wachstum von 0,3 Millionen Stück oder 5,7 Prozent von 1966 bis 1967 (jeweils 1. Quartal) nach Darstellung der Analyse einen nie registrierten Höhepunkt erreicht; demgegenüber seien die Auflagen der regionalen Tageszeitungen etwas langsamer gestiegen als sonst. - Wie das Institut nachweist, haben sich die Lesegewohnheiten der Bevölkerung in Richtung auf eine stärkere, regelmäßige Betrachtung der Boulevardpresse zu Lasten der Lektüre regionaler Zeitungen verlagert. Dieser Trend beschränkte sich jedoch im wesentlichen auf den jüngeren Teil der Bevölkerung unter 40 Jahren, dessen Lese- und Lebensbedürfnisse die Boulevardpresse besonders gut entgegenkomme. In den "oberen Gesellschaftsschichten" habe die Boulevardpresse kaum neues Terrain gewonnen; in dieser Bevölkerungsschicht konnten lediglich die im gesamten Bundesgebiet verbreiteten Tageszeitungen ihre Reichweite merklich vergrößern.

Besonders gut im Rennen lag offenbar die BILD-Zeitung: "Gestiegen sind die Kombinationsleser, die neben ihrer regionalen Tageszeitung auch die BILD-Zeitung lesen. Gestiegen ist die Zahl der Exklusivleser von BILD. Die Gruppe der Nichtleser ist jedoch nicht zusammengedrückt worden, das heißt, die BILD-Zeitung dehnte sich neben der regionalen Presse aus..."

+ + +